

Regierungspräsidium Kassel
Steinweg 6
34117 Kassel

Raumordnungsverfahren (ROV) zur überregionalen Entsorgung der Salzabwässer aus dem hessisch-thüringischen Kalirevier an die Oberweser (Rohrfernleitungsanlage), Vorhabensträger: K + S KALI GmbH, Kassel

- Stellungnahme nach § 15 ROG i. V. m. d. HLPG sowie § 6 UVPG

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Ortsbeirat Hofgeismar – Hümme hatte ihnen im Vorgriff auf die Einleitung des o.g. Raumordnungsverfahrens bereits eine Stellungnahme zugeleitet. Ich verweise in diesem Zusammenhang auf den ihnen vorliegenden einstimmigen Grundsatzbeschluss des Ortsbeirates Hümme zu den Planungen der Kali und Salz GmbH (K+S) zur Oberweserpipeline und den Salzwasser-Speicherbecken in unserer Region aus dem Jahr 2013.

Im Rahmen des o.g. Raumordnungsverfahrens bekräftigt der Ortsbeirat Hümme seine schwerwiegenden Vorbehalte zu dem Vorhaben und unterstreicht seine bisherigen Aussagen wie folgt:

Die Oberweserpipeline und das Salzabwasser-Speicherbecken werden entschieden ablehnt. Aus Sicht des Ortsbeirates Hümme wird die technische Lösung als rückstandsloses Verfahren vor Ort als Alternative zur Oberweserpipeline angesehen. Der Ortsbeirat Hümme fordert, dass diesem Verfahren unbedingt der Vorzug einzuräumen ist. Denn das bedeutet den Verzicht auf eine Abwasserfernleitung zugunsten einer umfassenden Aufbereitung der Abwässer zu Industrierohstoffen und den Versatz der unbrauchbaren Reste.

Laut § 13 Bundesnaturschutzgesetz sind „erhebliche Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft vom Verursacher vorrangig zu vermeiden.“ Auch daraus ergibt sich die unbedingte Notwendigkeit der ernsthaften und ergebnisoffenen Prüfung der technischen Lösung als rückstandsloses Verfahren vor Ort als Alternative. Denn der unvermeidbare Eingriff durch Pipeline und Speicherbecken lässt sich ohne die Alternativprüfung nicht begründen und ist nach Auffassung des Ortsbeirates Hümme zu versagen.

Hier erwartet der Ortsbeirat Hümme von K + S, dass sie sich mit spezifischer Fachkompetenz, ausreichendem Mitteleinsatz und dabei ergebnisoffen mit diesen alternativen Verfahrenstechniken befasst. Dieser unverzichtbare erste und unbedingt

fortzusetzende Schritt ist von einem modernen, leistungsfähigen Bergbauunternehmen zu fordern, bevor die Landesplanung ersucht wird eine Genehmigung zu erteilen, um eine landschaftlich begünstigte Region mit einer Schneise für eine Pipeline zu durchziehen und riesige Abwasser-Speicherbecken in die Landschaft zu setzen, um das angestaute Salzabwasser anschließend in die Weser zu verklappen.

Mit dem Bau und Betrieb der Abwasserfernleitung und dem Abwasser-Speicherbecken wird es zu nicht wieder gut zumachenden Eingriffen in Natur und Landschaft kommen. Es darf außerdem davon ausgegangen werden, dass es zu erheblichen Schädigungen der sensiblen Ökologie der Weser kommen wird.

Es gibt Bestrebungen die Region Reinhardswald zum Naturpark auszuweisen, auch um diese Gebietskulisse als einzigartigen und attraktiven Naturraum stärker in die touristische Bewerbung zu stellen. Die Region Reinhardswald als großräumige Natur- und Kulturlandschaft sowie attraktiven Lebens-, Arbeits- und Erholungsraum zu erhalten und weiterzuentwickeln, steht auf der Agenda der Anrainerkommunen und des Landkreises Kassel ganz weit oben. Gerade in den letzten Jahren hat sich auch die touristische Bedeutung der nördlichen Spitze im Landkreis Kassel im erfreulichen Maße fortentwickelt, was sowohl den naturräumlichen Gegebenheiten als auch den bisherigen politischen und fachlichen Anstrengungen zu verdanken ist.

Sowohl die Region als auch der ländliche Raum bieten besondere Entwicklungschancen, die noch stärker als bisher genutzt und künftig als gemeinschaftliche Aufgabe bewältigt werden. Seit November 2015 haben sich sieben Kommunen (u.a. Hofgeismar) dieser räumlichen Einheit sowie der Landkreis Kassel und Hessen-Forst in einer interkommunalen Kooperation zur Touristischen Arbeitsgemeinschaft (TAG) Märchenland Reinhardswald zusammengeschlossen. Damit wird die touristische Entwicklung zukünftig verstärkt als regionale Gemeinschaftsaufgabe aufgegriffen. Die TAG verfolgt die Zielsetzung, die eigenständige und zukunftsfähige Entwicklung der Region zu aktivieren bzw. zu intensivieren, eine erfolgreiche und wahrnehmbare Vermarktung voranzutreiben sowie eine eigenständige und nachhaltige Regionalentwicklung zu fördern. Die Weiterentwicklung bzw. Ausrichtung der touristischen Arbeit legt ihre Schwerpunkte u.a. auf die Schaffung und Sicherung geeigneter Rahmenbedingungen für eine wirkungsvolle Tourismusförderung.

Parallel dazu werden o.g. Bestrebungen, die Region Reinhardswald als Naturpark auszuweisen - auch um in der Region eine nachhaltige Regionalentwicklung zu betreiben - ausdrücklich weiterverfolgt und das Antragsverfahren zeitnah auf den Weg gebracht. Hier sollen die vielfältigen Bestrebungen bzw. Aufwendungen des Landkreises, der Städte und Gemeinden in diesem Raum, aber auch die von Privatleuten zusammengefasst und zu einer gemeinsamen touristischen Entwicklungsstrategie der Region fortentwickelt werden. Aktuell wird auf breiter Beteiligungsbasis ein umfängliches Entwicklungskonzept der Region Reinhardswald erstellt sowie grundlegende Parameter für das Verfahren erarbeitet und zusammengetragen.

Es ist davon auszugehen, dass eine Ausweisung als Naturpark mehr als wahrscheinlich ist. Diese günstige und durchweg realistische Ausgangslage, die von übergeordneter Bedeutung für die Regionalentwicklung des ländlichen Raums Reinhardswald ist, würde in Folge der Umsetzung der beantragten Anlagen (großmaßstäbliche technische Speicherbeckenanlage, Einleitungsbauwerk und Einleitungsstelle etc.) zunichte gemacht und ließe eine angestoßene Entwicklung einschließlich der sich bietenden Perspektiven

zum Stillstand bringen, da eine Region überwiegend nachrangig und - damit einhergehend - eine Landschaft touristisch unattraktiv geworden ist.

Dazu kommt, dass die Leitungsführung der geplanten Oberweserpipeline durch den strukturschwachen ländlichen Raum des Landkreises Kassel führt. Hier haben wir es bereits jetzt mit erheblichen Auswirkungen der demografischen Entwicklung zu tun. Die Dörfer und auch Kleinstädte entlang der möglichen Trasse leiden besonders unter den Folgen des demografischen Wandels, weil zu der Überalterung und dem Bevölkerungsrückgang noch die Abwanderung vor allem jüngerer Leute kommt. Landkreis und Kommunen versuchen die Dörfer zu erhalten, indem attraktive Lebens-, Arbeits- und Erholungsräume bewahrt werden sollen. Da es in den entlegenen Gebieten aber kaum gelingt, Gewerbe anzusiedeln, sind neue Arbeitsplätze nicht in Sicht. Es kommt also umso mehr darauf an, die Dörfer attraktiv zu halten und den Naturraum zu schonen. Durch eine Salzabwasserleitung am Rande des Wohnortes wird die Attraktivität des jeweiligen Ortes sicher nicht gesteigert. Durch großmaßstäbliche technische Bauwerke in Sichtnähe zum Ort, kommt es dann aber ganz sicher zu weiteren Abwanderungen in den betroffenen Orten. Gebäudewertverlust, -leerstand und -verfall wären die Folge. Somit wäre die Zukunftsfähigkeit der Dörfer auch dadurch bedroht.

Die Auswirkungen und unausweichlichen Folgen auf die Entwicklungs- bzw. Zukunftsfähigkeit der Region sind zweifelsohne absehbar und realistisch einzuschätzen. Die Region erführe einen erheblichen Qualitäts- und Imageverlust und alle bisherigen touristischen Bemühungen und strukturellen Chancen wären konterkariert oder unterbunden. Aus einer Phase der Einschränkung und Stagnation würde sich die gesamte Region nur äußerst schwerlich bis gar nicht erholen können.

Der Ortsbeirat Hümme erwartet eine unmittelbare Berücksichtigung vorgenannter Positionierungen durch die Landesplanungsbehörde. Alle betroffenen demokratisch legitimierten Gremien, Bundes- und Landtagsabgeordnete sowie der Weserbund lehnen die geplante Oberweserpipeline mit Salzabwasser-Speicherbecken in unserer Region entschieden ab. Nicht nur durch diesen massiven Widerstand und die eindeutige ablehnende Haltung der Bevölkerung gegen dieses Vorhaben, sondern gerade auch wegen der aufgezeigten Vorbehalte ist die Planung aus Sicht des Ortsbeirates Hümme als undurchführbar einzuordnen. Das unüberwindbar entgegenstehende, überwiegend öffentliche Interesse steht der Genehmigung der Planung im Rahmen des Raumordnungsverfahrens demzufolge entgegen.

Der Ortsbeirat Hümme fordert, dass K + S das technische Verfahren vor Ort zur Vermeidung der Abwässer umsetzt. Ohne diesen Schritt darf keine Natur und Landschaft belastende Planung genehmigt werden.

Mit freundlichen Grüßen

Peter Nissen
Ortsvorsteher Hümme